



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Chile

2024

**Trotz der bisher einmaligen Verurteilung zweier Mitglieder der *Carabineros* wegen Menschenrechtsverletzungen, die während der Proteste 2019 begangen wurden, herrschte Straflosigkeit, und es wurde kein Gesetzentwurf zur Wiedergutmachung vorgelegt. Beim Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen gab es weiterhin Hürden. Die Bedingungen für schwangere Inhaftierte waren nach wie vor mangelhaft. Die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Anwendung von Gewalt wurden geändert. Der Kongress diskutierte weiterhin Gesetzesentwürfe, die die Kriminalisierung von Flüchtlingen und Migrant\*innen vorsehen. Die Inhaftierung Indigener Frauen auf Grund des Verkaufs von Produkten auf öffentlichen Plätzen wurde fortgesetzt. Die Gesichtserkennungstechnologie wurde ohne einen klaren Rechtsrahmen eingeführt.**

### **Exzessive und unnötige Gewaltanwendung**

Der Kongress diskutierte weiter über einen Gesetzesentwurf zur Regelung der Gewaltanwendung durch Sicherheitsbeamte, der die derzeitigen Protokolle und Vorschriften des Innenministeriums (*Ministerio del Interior y Seguridad Pública*) und des Verteidigungsministeriums (*Ministerio de Defensa Nacional*) gesetzlich verankert. Es gab Bedenken wegen der mangelnden Klarheit der Vorschläge zur Regelung der Gewaltanwendung und ihrer bevorstehenden Verabschiedung.

Obwohl die *Carabineros* seit 2019 und die *Gendarmería* (Strafvollzugspolizei) seit 2024 Elektroschockwaffen mit Projektilen erhalten, hatte das Innenministerium keine Vorschrift für den korrekten Einsatz dieser Waffen erlassen. Es wurde kein genehmigter Einsatz dieser Waffe registriert, doch wurde ein Pilotprojekt angekündigt, das gegen Ende des ersten Quartals 2025 durchgeführt werden soll.

## **Polizeigewalt /Aufarbeitung**

Am 3. Januar 2024 erhob die Regionale Staatsanwaltschaft in Santiago de Chile Anklage gegen drei derzeitige bzw. ehemalige hochrangige Kommandanten der Polizei. Sie sollen wegen ihrer mutmaßlichen Rolle bei der Unterdrückung der Massenproteste Ende 2019 zur Rechenschaft gezogen werden. Im Oktober 2019 waren in Chile soziale Unruhen ausgebrochen, auf die die Sicherheitskräfte mit zahlreichen Menschenrechtsverletzungen reagiert hatten. Hunderte Demonstrierende verloren ihr Augenlicht durch Schüsse der Polizei.

Amnesty Journal 02/2024

<https://amnesty-jahresbericht.de/chile/>